Uganda

Länderinformation

Bundesministerium
Europäische und internationale
Angelegenheiten

Austrian
Development
Agency

Austrian Development Agency (ADA), die Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit
Zelinkagasse 2, 1010 Wien, Telefon: +43 (0)1 90399-0, office@ada.gv.at, www.entwicklung.at

Einleitung

Uganda zählt zu den am wenigsten entwickelten Ländern weltweit. Die Bevölkerung setzt sich aus 40 verschiedenen Volksgruppen zusammen. Über 20 Prozent der Menschen leben unter der nationalen Armutsgrenze.

Österreichs Beziehungen zu Uganda reichen bis in die frühen 1980er-Jahre zurück. Seit 1992 ist das ostafrikanische Binnenland Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Diese konzentriert sich in Uganda auf die Bereiche Wasser- und Sanitärversorgung sowie Zugang zur Justiz.

Basisdaten

Unabhängigkeit	9. Oktober 1962
Staatsform	Präsidialrepublik
Staatsoberhaupt	Yoweri Kaguta Museveni
Premierministerin	Robinah Nabbanja
Außenminister	Jeje Odongo
Fläche*	241.551 km²
Bevölkerung*	45,7 Mio.
Bevölkerungswachstum*	3,3 %
Lebenserwartung**	Frauen: 64,9 Jahre; Männer: 60,4 Jahre
Alphabetisierungsrate (Bevölkerung ab 15 Jahren)*	76,5 %
HDI (Human Development Index)**	0,525 (max. 1), 166. Stelle von 191
GII (Gender Inequality Index)**	0,927 (max. 1), 131. Stelle von 162
BIP*	37,6 Mrd. US-Dollar
Jährliches Wachstum des BIP*	3 %
BNE pro Kopf (kaufkraftbereinigt)**	2.181 US-Dollar
Armut***	20,3 % leben unter der nationalen Armutsgrenze.
Bevölkerungsanteil mit Zugang zu sauberem Wasser****	67 % der ländlichen Bevölkerung 72 % der städtischen Bevölkerung
Bevölkerungsanteil mit Zugang zu verbesserter Siedlungshygiene****	24 % der ländlichen Bevölkerung 48 % der städtischen Bevölkerung

* http://data.worldbank.org/country/uganda, Stand 2022
** UNDP: Human Development Report 2021/2022
*** Uganda Bureau of Statistics, Uganda National Household Survey Report 2019/2020
**** Ministry of Water and Environment MWE: Uganda Water and Environment Sector Performance Report 2022

Politische Situation

Uganda wird seit 1986 von Staatspräsident Yoweri Museveni regiert. Eine Verfassungsänderung aus dem Jahr 2005 ermöglichte ihm eine uneingeschränkte Zahl an Amtszeiten. Im Vorfeld der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2021 kam es immer wieder zu gewaltsamen Einsätzen der Sicherheitskräfte, auch mit Todesopfern, und starker Einschränkung des Handlungsspielraums für die Opposition. Museveni gewann die Wahl mit großer Mehrheit, jedoch mit verhältnismäßig geringer Wahlbeteiligung. Das neue Ministerkabinett umfasst verstärkt Frauen in Führungspositionen.

Bürgerkrieg in Norduganda

Zwischen 1987 und 2006 terrorisierte die Lord's Resistance Army (LRA) unter der Führung von Joseph Kony die Bevölkerung in Norduganda. Der Konflikt kostete rund 100.000 Menschen das Leben. Mehr als 1,8 Millionen Menschen flüchteten in Lager, die unter dem Schutz der ugandischen Armee standen.

Regionale Ungleichheiten

Der Bürgerkrieg in Norduganda führte zu starken regionalen Ungleichheiten. Nach Ende des Bürgerkrieges und der Rückkehr der Binnenflüchtlinge in ihre Dörfer begann der Wiederaufbau der Region. Der Anteil armer Menschen an der Bevölkerung Nordugandas ist trotzdem deutlich höher als im Rest des Landes.

Besonders von Armut betroffen ist auch der infrastrukturschwache Nordosten des Landes. In der dortigen Region Karamoja an der Grenze zu Kenia gab es ebenfalls langjährige Konflikte, vor allem zwischen verschiedenen Pastoralistenvölkern – meistens wegen groß angelegten Viehdiebstahls und der herrschenden Mangelernährung aufgrund der klimabedingten sinkenden Ernteerträge. Seit der Befriedung und Entwaffnung in Karamoja 2009 unterstützt ein spezielles Programm die Region. Es versucht, durch die Ansiedelung der vormals nomadischen Bevölkerung Sozialdienstleistungen wie Schulen, medizinische Versorgung oder Wasser näher an die Menschen zu bringen. Die anhaltende Dürreperiode am Horn von Afrika hat Mitte 2022 eine Hungersnot in Karamoja verursacht, die duzende Todesopfer forderte und nur durch groß angelegte Nahrungsmittellieferungen beendet werden konnte.

Dezentralisierung

In den letzten Jahren hat die Regierung die Dezentralisierung des Landes vorangetrieben: Die Bevölkerung kann Gemeinderät*innen sowie Distriktbeamt*innen wählen und die Anzahl der Bezirke wurde mehr als verdoppelt (1997: 54 Bezirke, heute: 134 Bezirke). Die Dezentralisierung hat viele positive Seiten. Eine Herausforderung ist für das ressourcenschwache Land aber die große Zahl an zusätzlichen Beamt*innen in den neuen Distrikten und Städten.

Flüchtlingssituation

Derzeit befinden sich etwa 1,5 Millionen Flüchtlinge in Uganda, davon rund 865.000 Südsudanes*innen. Der größte Teil von ihnen lebt im strukturschwachen Norden des Landes. Das macht Uganda zum Land mit den meisten Flüchtlingen in Afrika. Uganda hat eine der weltweit liberalsten Flüchtlingspolitiken. Diese zielt darauf ab, die ankommenden Menschen in bestehende Gemeinschaften zu integrieren. Flüchtlinge bekommen Land zugewiesen, dürfen arbeiten, Häuser bauen und Lebensmittel anbauen. Die hohe Zahl an Flüchtlingen führt dieses System jedoch zunehmend an seine Belastungsgrenze.

Wirtschaft

Während der letzten 20 Jahre war die makroökonomische Lage in Uganda relativ stabil. Das Wirtschaftswachstum lag seit Anfang der 1990er-Jahre konstant bei etwa 5 Prozent. Uganda ist für sein Unternehmertum bekannt. Es gibt eine aufkommende Mittelschicht, die die Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen ankurbelt.

Um die Wirtschaft weiter anzukurbeln, sah die ugandische Regierung in ihrem zweiten Nationalen Entwicklungsplan 2016–2020 und in den Haushaltsplanungen eine Erhöhung der Infrastrukturausgaben vor. Vor allem der Energiesektor erhielt massive Investitionen. Der dritte nationale Entwicklungsplan 2020–2025 soll die Rolle des Staates in der Wirtschaftsförderung noch stärker priorisieren und eine Diversifizierung der Wirtschaft vorantreiben. Das starke Bevölkerungswachstum, der Klimawandel, die Korruption und nicht zuletzt die Überwindung der negativen Auswirkungen der Coronapandemie und ein

Inflationsschub nach Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine stellen derzeit die größten Herausforderungen für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung dar.

Der wichtigste Wirtschaftszweig und zugleich auch einer der größten Devisenbringer des Landes ist die Landwirtschaft. Sie trägt zu einem Viertel des Bruttoinlandsproduktes (BIP) bei. Uganda hat ein ausgezeichnetes Klima für eine ganzjährige Landwirtschaft. Die Produktivität im Landwirtschaftssektor ist jedoch relativ gering und die Sektoren Industrie und Dienstleistungen gewinnen zunehmend an Bedeutung. Gemäß einer Berechnung des Internationalen Währungsfonds 2018 muss Uganda jährlich über 600.000 Arbeitsplätze schaffen, um die rapide wachsende Bevölkerung mit Jobs zu versorgen. Das unterstreicht die Rufe nach einer Reformierung des Landwirtschaftssektors und nach der Nutzung seines großen Potenzials. Damit verbunden ist auch die Frage der Ernährungssicherheit.

In der Region des Albertsees im Westen des Landes wurden vor rund zehn Jahren große Erdölvorkommen entdeckt. Während die ersten Einnahmen ab 2025 erwartet werden, konnten die Verhandlungen zwischen der ugandischen Regierung und Investoren im Februar 2022 abgeschlossen werden. Die Wertschöpfung aus den Ölreserven könnte Uganda zu einem weiteren Entwicklungsschub verhelfen. Umweltschützer*innen sorgen sich um den Murchison-Nationalpark, da in ihm ein Teil der Ölfelder liegt. Langfristig erhofft sich Uganda auch einen wirtschaftlichen Aufschwung durch den Tourismus als Devisenbringer und fördert aktiv den Ausbau der notwendigen Infrastruktur (Flughäfen, Straßen, etc.). Einen erneuten Einbruch nach der Coronapandemie erlebte der Sektor jedoch nach dem Ausbruch des Ebolavirus in der zweiten Jahreshälfte 2022, auch wenn dieser rasch unter Kontrolle gebracht werden konnte. Insgesamt gab es 55 Todesopfer.

Ein Großteil des ugandischen Exports erfolgt innerhalb der Region. Die immer noch angespannte Situation im Südsudan hindert den Handel zwischen den zwei Ländern erheblich. Auch gibt es in regelmäßigen Abständen Handelskonflikte mit den Nachbarn Kenia und Tansania. Die zunehmende Erschließung des Marktes in der Demokratischen Republik Kongo birgt Potenzial für mehr gemeinsamen Handel.

Armutssituation

Im Februar 2022 stellte die ugandische Regierung ihren ersten nationalen „Atlas zu Risiken und Vulnerabilitäten“ vor. Dieser beinhaltet den Plan der Regierung zum Aufbau von Widerstandsfähigkeit gegenüber zunehmenden Risiken, die sich aufgrund von COVID-19, Überschwemmungen und anderen Katastrophen vergrößert haben. Derzeit leben 20,3 Prozent der Bevölkerung bzw. 8,3 Millionen Menschen in Uganda unter der Armutsgrenze. Bei der Armutsverteilung nach Regionen rangiert Acholi (Norduganda) mit 68 Prozent an erster Stelle, gefolgt von Karamoja (Nordostuganda) mit 66 Prozent. Der Human Development Index 2021 weist Uganda auf dem 166. Platz unter 191 Ländern aus. Rund 70 Prozent der Menschen leben zumeist von Subsistenzwirtschaft.

Mit 3,3 Prozent hat Uganda eine der höchsten Bevölkerungswachstumsraten weltweit. 1990 gab es 15 Millionen Einwohner*innen, im Jahr 2020 mehr als 44 Millionen. Für 2065 werden laut UNICEF 149 Millionen Einwohner*innen prognostiziert. Das hohe Bevölkerungswachstum stellt eine signifikante Herausforderung für die Armutsbekämpfung dar.

Auswirkungen der Coronapandemie

Die rasche Pandemiebekämpfung seitens der Regierung konnte die Anzahl der Todesopfer auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau halten. Die Coronamaßnahmen inkludierten auch eine fast zweijährige Schließung aller Schulen und eine nächtliche Ausgangssperre mit schweren Auswirkungen auf die Wirtschaft, das soziale Leben und die Armutszahlen

Über die globale COVAX-Initiative erhielt Uganda über 30 Millionen COVID-19-Impfdosen, bis Ende 2022 wurden 26,3 Millionen Impfungen verabreicht. Die internationale Gemeinschaft unterstützt auch Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft sowie akute Hilfsmaßnahmen, unter anderem durch großzügige Hilfskredite seitens der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds.

Entwicklungspolitik

Unter Staatspräsident Museveni verfolgte Uganda lange eine konstante Armutsreduktion und Wirtschaftsentwicklung und erzielte beachtliche Erfolge. Weniger Armut, Wirtschaftswachstum, steigende Lebenserwartung, höheres Pro-Kopf-Einkommen und besserer Zugang zu Grundschulbildung, Gesundheitsdienstleistungen und Wasserversorgung sind einige der Ergebnisse. Diese Sozialpolitik hat sich jedoch in den letzten Jahren zugunsten der staatlichen Förderung großer Infrastrukturbauten gewandelt. Gezielte Armutsbekämpfung in abgelegenen Gebieten, der Klimawandel und das starke Bevölkerungswachstum sind nur ungenügend in die Entwicklungspolitik Ugandas integriert. Dies bringt ihr Kritik seitens der ugandischen Gesellschaft und der Geberländer ein. Die Zielsetzung der Regierung war es, Uganda bis 2020 in ein Land mittleren Einkommens zu entwickeln. Dies wurde trotz beachtlicher Fortschritte nicht erreicht.

Entwicklung nach Plan

Als eines der ersten afrikanischen Länder legte Uganda im März 2000 einen Aktionsplan zur Armutsminderung vor. Dieser war unter breiter Beteiligung der Bevölkerung erarbeitet worden. Damit war auch eine wichtige Voraussetzung für die Entschuldung von 1,95 Milliarden US-Dollar seitens der internationalen Gemeinschaft erfüllt.

Mit dem ersten Nationalen Entwicklungsplan (National Development Plan I bzw. NDP 2010–2015) legte Uganda einen starken Schwerpunkt auf Wirtschaftswachstum. Der NDP II (2016–2020) setzte auf die Verbesserung der Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Produkte, die Verbesserung der Infrastruktur, die Entwicklung von Kapazitäten und die Verbesserung von Dienstleistungen. Der NDP II orientierte sich stark an den Globalen Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs). Beim zweiten Entwicklungsplan kam es zu bemerkenswerten Fortschritten: hohes BIP-Wachstum, nationale Ressourcenmobilisierung, Exportsteigerungen und Ausbau von Infrastruktur. Trotzdem blieb die Umsetzung des Plans hinter ihren Erwartungen zurück. Insgesamt wurden zwar 50 Prozent der geplanten Regierungsprojekte umgesetzt, aber nur unzureichende Fortschritte im Bereich der Produktion und Weiterverarbeitung von Gütern, im Ausbau der Infrastruktur, Humankapital und der Bereitstellung von staatlichen Dienstleistungen erzielt.

Im Jänner 2020 verabschiedete das ugandische Parlament den dritten Nationalen Entwicklungsplan (2020/21–2024/25). Dessen Fokus liegt auf der Steigerung des durchschnittlichen Haushaltseinkommens und der Verbesserung der Lebensqualität für die Bevölkerung. Er sieht die Diversifizierung der Wirtschaft vor, den Ausbau und die Verbesserung der Infrastruktur sowie eine Steigerung der Produktivität, speziell in der Landwirtschaft. Der dritte Nationale Entwicklungsplan ist zudem mit der 2013 lancierten Strategie „Vision 2040“ von Präsident Museveni abgestimmt, die für mehr Wohlstand im Land sorgen soll.

Österreichische Entwicklungszusammenarbeit mit Uganda

Österreichs Beziehungen zu Uganda bestehen seit den frühen 1980er-Jahren. Seither gibt es einen regen entwicklungspolitischen und kulturellen Austausch, der von staatlichen Einrichtungen, Entwicklungsorganisationen, aber auch von vielen engagierten Einzelpersonen getragen wird.

Seit 1992 ist Uganda Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Bereits 1991 eröffnete diese ein Auslandsbüro in Kampala. Die Präsenz vor Ort ermöglichte es, umfassende Arbeitsbeziehungen zur ugandischen Regierung und zur Zivilgesellschaft sowie mit anderen bilateralen und multilateralen Gebern auf- und auszubauen. Das Büro koordiniert die österreichischen Programme und Projekte und führt den entwicklungspolitischen Dialog mit den nationalen Partnern und anderen Geberländern.

In Übereinstimmung mit dem Nationalen Entwicklungsplan Ugandas sowie den internationalen Verpflichtungen und nationalen Vorgaben zu mehr Arbeitsteiligkeit konzentriert sich die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit in Uganda auf:

- Wasser- und Sanitärversorgung
- Zugang zur Justiz

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit fördert durch Programmfinanzierungen den Wassersektor sowie den Justiz- und Rechtssektor der ugandischen Regierung. Darüber hinaus unterstützt sie Programme über Korbfinanzierungen mit anderen Gebern sowie Initiativen internationaler und ugandischer zivilgesellschaftlicher Organisationen. Dieses Engagement wird ergänzt durch die Förderung wirtschaftlicher Zusammenarbeit, multidisziplinäre Forschung durch Hochschulkooperationen, multilaterale Projekte und humanitäre Hilfe.

Österreichische Entwicklungshilfeleistungen an Uganda

Die gesamten öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen Österreichs (ODA)[1] an Uganda beliefen sich von 2004 bis 2021 auf 168,56 Millionen Euro. Davon machte der Anteil der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA)[2] 158,83 Millionen Euro aus.

	2017	2018	2019	2020	2021
bilaterale ODA für Uganda in Mio. Euro	11,68	6,90	13,28	10,91	13,68
in % der ges. bilateralen ODA	2,19	1,68	3,33	2,42	2,37
OEZA an Uganda in Mio. Euro	9,37	5,77	10,33	9,15	9,80
OEZA an Uganda in % der ges. OEZA-Leistungen	7,03	5,03	8,29	7,09	6,70

Quelle: ADA-Statistik

[1] Official Development Assistance: Öffentliche Gelder von Ministerien sowie öffentlicher Institutionen auf gesamtstaatlicher, teilstaatlicher und kommunaler Ebene (z.B. Bundesländer, Städte und Gemeinden)
[2] Kernbudget (OEZA/ADA und OEZA/BMEIA)

Projektbeispiele

Sauberes Wasser für Alle

Die Versorgung der zahlreichen Flüchtlinge stellt das Land vor große Herausforderungen. Es gilt, auch die aufnehmenden Gemeinden nicht zu vernachlässigen. Über das WATSSUP-Programm der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit unterstützt die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit ihr Partnerland dabei insbesondere im Wassersektor. Dadurch sollen sieben Wasserinfrastruktur-Systeme in Flüchtlingssiedlungen und deren umliegende Gemeinden in den Distrikten Terego, Madi Okollo und Yumbe im Norden Ugandas wiederhergestellt werden. 50.000 Menschen, darunter 27.000 Flüchtlinge, werden direkt von dem österreichischen Beitrag profitieren. Der staatliche Betreiber der ländlichen Wasserversorgung wird die Versorgungssysteme im Anschluss übernehmen. Geografisch ist das Projekt auf Norduganda fokussiert. Wichtige Umsetzungspartner sind das ugandische Ministerium für Wasser und Umwelt auf nationaler Ebene und der Northern Umbrella of Water and Sanitation (NU-WS) auf regionaler Ebene.

Projektpartner:
Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH (GIZ)
Laufzeit:
12/2021–12/2023
OEZA-Beitrag:
1,5 Mio. Euro

Rettung der ugandischen Sümpfe

Ein von der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit unterstütztes Projekt des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen hat zum Ziel, gemeinsam mit der ugandischen Regierung verschmutzte und trockene Sümpfe und Wassereinzugsgebiete wiederherzustellen und zu schützen. Dafür sollen Feuchtgebiete in ausgewählten Distrikten des Einzugsgebiets des Flusses Mpologoma im Osten des Landes in Zukunft nachhaltiger bewirtschaftet werden. Die Bevölkerung in den Sumpfgebieten und den umliegenden Gebieten lernt verbesserte landwirtschaftliche Praktiken und bekommt Zugang zu alternativen Einkommensquellen. Das Projekt fördert auch Wissen rund um das wirtschaftliche und ökologische Management von Sümpfen.

Das Projekt wird 264.000 Personen aus 66.000 Haushalten direkt zugutekommen. Indirekt profitieren nach Schätzungen 1,1 Millionen Menschen in den Distrikten Butaleja, Budaka, Kibuku, Namutumba und Kaliro.

Projektpartner:
Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP)
Laufzeit:
02/2021–12/2023
OEZA-Beitrag:
1,9 Mio. Euro

Verbesserung der Wasserqualität

Die Wasserqualität in Uganda verbessern – das ist das Ziel einer Kooperation zwischen dem in Österreich befindlichen Internationalen Institut für angewandte Systemanalyse, der Universität für Bodenkultur Wien, dem ugandischen Wasserministerium und der ugandischen Makerere-Universität. Um das zu erreichen, erheben die Projektpartner Daten zur Wasserqualität in Uganda mittels eines umfassenden physikalisch-chemischen Monitorings. Dazu errichten sie im ganzen Land Messstellen. Aufbauend auf den erhobenen Daten erstellen sie Szenarien und Prognosen zur künftigen Entwicklung der Wasserqualität. Wichtige Aspekte, die dabei mitgedacht werden, sind der Klimawandel sowie die wirtschaftliche Entwicklung des Landes.

Mindestens 60 Personen, darunter Entscheidungsträger*innen und Forscher*innen, die im Wassersektor arbeiten, werden zudem von Schulungen im Bereich Wasserqualität profitieren.

Projektpartner:
Internationales Institut für angewandte Systemanalyse/ International Institute for Applied Systems Analysis (IIASA)
Laufzeit:
11/2021–10/2024
OEZA-Beitrag:
1,6 Mio. Euro

Wasserversorgung am Land

Vor allem im ländlichen Norden Ugandas ist die Wasserversorgung oft unzureichend. Ein besonderes Problem stellt der Umgang mit Wasserquellen dar, der nicht sicher und nachhaltig ist. Ein von der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit unterstütztes Projekt der zivilgesellschaftlichen Netherlands Development Organisation soll das ändern. In vier Bezirken im Norden Ugandas führt die Organisation auf Bezirks- und Regionalebene ein innovatives Modell für die Instandhaltung und Finanzierung der Wasserversorgung ein, inklusive neuer Wasserabgaben seitens der Dorfgemeinschaften.
Wasserversorgungsdienste sollen in Zukunft besser gewartet und defekte Wasserstellen repariert werden. Auch Sanitärdienstleistungen sollen für die ländlichen Haushalte erschwinglich werden. Dorfgemeinschaften erhalten Schulungen zu gendergerechtem und nachhaltigem Management von Wasserstellen. Das Projekt wird 328.000 Menschen zugutekommen.

Projektpartner:
The Netherlands Development Organisation (SNV)
Laufzeit:
11/2022–10/2025
OEZA-Beitrag:
1,5 Mio. Euro

Rechtsstaatlichkeit fördern

Rechtsstaatlichkeit, die Achtung der Menschenrechte und der Zugang zu Recht sind zentrale Bestandteile guter Regierungsführung und wesentliche Voraussetzungen für Armutsreduktion. Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit unterstützt Uganda seit 1997 bei Reformen im Rechts- und Justizbereich sowie bei der Stärkung der relevanten Institutionen. Seit 2002 leistet sie eine Sektorfinanzierung für den ugandischen „Justice Law and Order Sector“. Dieser umfasst derzeit 18 Institutionen, wie etwa das Justiz- und Innenministerium, die Polizei, die Gefängnisse und Gerichte sowie die Menschenrechtskommission.

Grundlage für die Unterstützung ist ein fünfjähriger Reformplan Ugandas. Auf dessen Basis sollen Gesetzesreformen vorangetrieben, Menschenrechtsverletzungen eingedämmt, Gerichtsverfahren beschleunigt, die Exekutive gestärkt, die Kriminalitätsrate gesenkt und landesweit Rechtsberatung angeboten werden.

Projektpartner:
Ministry of Finance, Planning and Economic Development
Laufzeit:
07/2006–06/2025
OEZA-Beitrag:
32,5 Mio. Euro

Bewusstsein von Frauen und Mädchen fördern

Die Müttersterblichkeit in Uganda ist hoch, viele Teenager werden schwanger, Verhütungsmittel sind sozial oft nicht akzeptiert und die Mechanismen, um gegen geschlechterspezifische Gewalt vorzugehen, sind schwach. Ein von der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit unterstütztes Projekt des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen fördert die Bereitstellung von Informationen und Ausbildungen, um vorherrschende soziale und kulturelle Normen zu verändern, geschlechterspezifische Gewalt zu verringern und den Zugang zu sexuellen und reproduktiven Gesundheitsrechten zu verbessern. Das Projekt verstärkt auch den Zugang zur Justiz. Dafür unterstützt es Gerichtsprozesse mit direktem Fokus auf geschlechtsspezifische Gewalt. Und es sensibilisiert öffentlich Bedienstete für das Thema. Eine enge Kooperation zwischen Vertreter*innen der Zivilgesellschaft, verschiedener Religionsgruppen, des Kulturbereichs und der Politik ist unabdingbar für den universellen Zugang zu sexuellen und reproduktiven Gesundheitsrechten.

Die erste Phase des Projektes erreichte 885.000 Menschen direkt und indirekt. Direkte Zielgruppen sind junge Mädchen im Alter von zehn bis 14 Jahren, Frauen, Männer, Arbeitende im Gesundheitsbereich, kulturelle und religiöse Führer sowie Lehrer*innen. Aufgrund der positiven Ergebnisse des Projektes startete eine weiterführende Unterstützung der Aktivitäten mit der Unterzeichnung einer zweiten Phase im November 2022.

Projektpartner:
Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA)
Laufzeit:
12/2019–10/2024
OEZA-Beitrag:
4,8 Mio. Euro

Konfliktprävention und Frieden durch weibliche Mediation

Für die effektive Teilnahme von Frauen an Sicherheits- und Friedensagenden in Uganda fehlt vor allem die finanzielle Unterstützung. Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit fördert daher den Women's Peace and Humanitarian Fund. Vertreter*innen zivilgesellschaftlicher Organisationen sowie weibliche Friedensaktivistinnen erhalten Expertise und Trainings. So erweitern sie etwa ihr Wissen im Bereich geschlechtsspezifischer Mediation oder werden dafür sensibilisiert, wie wichtig die Rolle von Frauen bei der Konfliktlösung und -prävention ist. Auch erhalten insbesondere Mediatorinnen Schulungen in der formellen und informellen Konfliktprävention und -lösung. Bei allen Maßnahmen geht es darum, dass Frauen vermehrt in konflikt- und friedensrelevante Entscheidungsprozesse und Mechanismen eingebunden werden sollen.

Projektpartner: United Nations Development Programme
Laufzeit: 11/2019–12/2025
OEZA-Beitrag: 4 Mio. Euro

Rechtsschutz für weibliche Gewaltopfer

Geschlechtergerechtigkeit und die Stärkung von Frauen sind Grundvoraussetzungen für die sozioökonomische Transformation und die Beendigung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Ein von der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit unterstütztes Projekt von UN Women fördert den Zugang von Opfern von geschlechtsspezifischer Gewalt zum Justizsektor. Es stärkt effektive, rechenschaftspflichtige und gendersensibilisierte Institutionen im Justizbereich. Davon sollen mehr als 30.000 Frauen, Kinder, ältere Menschen sowie Flüchtlinge profitieren. Das Projekt wird auch 51 Richter*innen, 200 Obersten Richter*innen sowie Staatsanwält*innen, 500 Kriminalbeamt*innen und Beamt*innen für Kinder- und Familienschutz, 100 Mitarbeitenden des Gesundheitswesens und 150 Verwaltungsmitarbeitenden unmittelbar zugutekommen. Es geht darum, sie für geschlechtsspezifische Gewalt zu sensibilisieren, damit sie diese besser erkennen und etwa die Betroffenen an die geeigneten Stellen weiterleiten können.

Projektpartner: UN Women
Laufzeit: 11/2019–03/2023
OEZA-Beitrag: Rund 1,8 Mio. Euro

Vergangenheitsbewältigung durch die Justiz einfordern

Das von der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit unterstützte International Center for Transitional Justice setzt sich für die Übergangsjustiz in Uganda ein. Dazu unterstützt es zivilgesellschaftliche Organisationen, Opfergruppen, staatliche Akteure sowie Medien und fördert einen offenen Dialog zwischen diesen Gruppen. Es geht darum, die Verbrechen aus der Zeit des Bürgerkrieges im Norden Ugandas aufzuarbeiten. Opfergruppen erhalten Gehör und können ihre Rechte auf Anerkennung, Aufklärung und Gerechtigkeit in den Prozessen der Übergangsjustiz auf nationaler Ebene geltend machen. Insgesamt profitieren etwa 10.000 Personen direkt und mehr als 25.000 Personen indirekt in den Regionen Acholi, Lango, Teso und West Nile von den Maßnahmen.

Projektpartner: International Center for Transitional Justice
Laufzeit: 10/2017–11/2024
OEZA-Beitrag: 904.000 Euro

Einkommensmöglichkeiten und Selbstvertrauen schaffen

Norduganda leidet unter den Folgen der bewaffneten internen Konflikte der Vergangenheit. Auch die anhaltend hohe Anzahl an Geflüchteten aus dem Südsudan macht die Lage schwierig. Über 82 Prozent davon sind Frauen und Kinder. Auf der Suche nach Einkommensmöglichkeiten ziehen die ländliche Bevölkerung sowie viele Flüchtlinge vermehrt in die Städte. Dort sind sie zusätzlichen Risiken wie Prostitution, Drogen- und Menschenhandel ausgesetzt. Ein Projekt von CARE Österreich, gefördert von der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, stärkt daher Mädchen und Jugendliche in West- und Norduganda in zwei Bereichen: Sie sollen zum einen wirtschaftlich eigenständig und zum anderen weniger gefährdet sein, Opfer von sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt zu werden. Beispielsweise bekommen sie Unterstützung dabei, lokale Spar- und Kreditgruppen zu gründen und es werden neue Rollenbilder von Männlichkeit und Gleichberechtigung in den Gemeinden vermittelt.

Projektpartner: CARE Österreich
Laufzeit: 04/2019–03/2024
OEZA-Beitrag: 1,9 Mio. Euro

Demokratie und Bürgerrechte stärken

Das internationale Programm Democratic Governance Facility (DGF), eine Kofinanzierung verschiedener Geber (Österreich, Dänemark, Irland, Niederlande, Norwegen, Schweden und der EU), fördert pro Jahr mehr als 80 zivilgesellschaftliche Organisationen und staatliche Institutionen. Die Ziele: Menschenrechte schützen, den Zugang zu Rechtsberatungen und Rechtsbehörden verbessern, Versöhnung vorantreiben und Frieden fördern. Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit unterstützt die Democratic Governance Facility seit 2011.

Projektpartner: Royal Danish Embassy
Laufzeit: 12/2020–06/2023
OEZA-Beitrag: 1,5 Mio. Euro

Zwischen 2011 und 2018 konnten bereits mehr als acht Millionen Menschen über ihre Rechte informiert werden, eine halbe Million Bürger*innen erhielt Rechtsbeistand und 2.000 Journalist*innen profitierten von Schulungen. Netzwerke zivilgesellschaftlicher Organisationen bis hin zu einzelnen kleinen lokalen Organisationen bekamen Unterstützung. Sie alle tragen dazu bei, dass Bürger*innen die Leistungen staatlicher Behörden unter die Lupe nehmen, Korruption bekämpfen und ihre Rechte einfordern. Nachdem die inhaltlichen Aktivitäten des Programms Ende 2022 abgeschlossen wurden, befindet es sich derzeit in einer administrativen Konsolidierungsphase.

Untersuchungshaft verkürzen

Gemeinsam mit ihren Partnerorganisationen Avocats Sans Frontières sowie Legal Aid Service Providers' Network trägt die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit zur Verwirklichung der Rechtsstaatlichkeit in der Justizverwaltung in Uganda bei. Der Schwerpunkt liegt auf dem Rechtsbeistand für Inhaftierte. In Uganda befindet sich jeder zweite Häftling rein rechtlich noch in Untersuchungshaft. Diese kann auf bis zu sechs und mehr Jahre ausgedehnt werden. Indem ausgewählte Rechtsfragen ausjudiziert werden, soll sich außerdem die Gesetzgebung im Sinne der durch die ugandische Verfassung gewährten Freiheiten und Rechte weiterentwickeln.

Projektpartner: Avocats Sans Frontières
Laufzeit: 12/2020–10/2023
OEZA-Beitrag: 1,5 Mio. Euro

Insgesamt sollen 4.500 Personen von kostenlosen Rechtsberatungen profitieren, 1.000 Fälle von Untersuchungshaft von Anwält*innen betreut und Inhaftierte und zivilgesellschaftliche Akteure (insgesamt 3.000 Personen) durch Sensibilisierungskampagnen über ihre Rechte und die Rechtslage aufgeklärt werden. Das Projekt wird insbesondere mit Flüchtlingen in den Distrikten Kitgum, Arua und Hoima arbeiten.

Service

Wichtige Adressen

Österreichisches Koordinationsbüro für Entwicklungszusammenarbeit
Crusader House, 3 Portal Avenue, Kampala
Postanschrift: P.O.B. 7457, Kampala, Uganda
Tel.: +256 (0) 414 343 802
kampala@ada.gv.at

Österreichisches Honorarkonsulat
Plot 6, Hill Lane, Kololo, Kampala
Postanschrift: P.O.B. 11273, Kampala, Uganda
Tel.: +256/414 23 57 96
Fax: +256/414 23 57 96
austrianconsulate2020@gmail.com

Honorargeneralkonsulat der Republik Uganda in Wien
Breitenfurterstraße 219, 1230 Wien, Österreich
Tel.: +43 (0)1 863 11 40
Fax: +43 (0)1 863 11 43
consulategeneral@uganda.at
www.uganda.at

Links

Basismaterial

Ministry of Finance, Planning and Economic Development inkl, National Development Plan
http://www.finance.go.ug/index.php

Uganda National NGO Forum: http://ngoforum.or.ug/

Uganda Bureau of Statistics http://www.ubos.org/

The New Partnership for Africa's Development (NEPAD) – Uganda http://www.nepad.org

Weltbank/Uganda: http://www.worldbank.org/en/country/uganda

Österreichische Entwicklungszusammenarbeit mit Uganda:

https://www.entwicklung.at/laender/ostafrika/uganda

Landesstrategie Uganda (engl.) 2019–2025:

https://www.entwicklung.at/fileadmin/user_upload/Dokumente/Publikationen/Landesstrategien/CS_Uganda_2019-2025.pdf

Ugandische Medien

„The New Vision" (regierungseigen): http://www.newvision.co.ug/

„Daily Monitor" (unabhängig): http://www.monitor.co.ug/